Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonnirt man bei den Zeitungs-Spediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 3248.

Inserate nimmt die Expedition der Zeitung und die Inseraten-Bureaux zum Preise von 40 Pfg. pro fünfgespaltene Petitzeile entgegen. Zusendungen für die Zeitung sind nicht an eine Person, sondern an die Redaktion zu adressiren. Gleichzeitige Angabe des Honorars wird erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 240. [38. Jahrgang.] **Donnerstag den 13. Oktober 1898.** [38. Jahrgang.] **Nr. 240.**

Berlin, den 12. Oktober.

Politischer Tagesbericht.

Wie kurz gemeldet, haben sich, im Erfolg der **Ausgleichsaktion**, der österreichische Ministerpräsident Graf Thun und der Finanzminister Kaizl nach Budapest begeben. Gestern Vormittag fand dort zwischen den Ministerpräsidenten Baron Banffy und Grafen Thun, sowie den Finanzministern Kaizl und Dr. v. Lukacs eine längere Konferenz statt, welche einer Besprechung der Aussichten der parlamentarischen Verhandlung der Ausgleichsvorlagen galt. Der österreichische Handelsminister Baron Dipauli ist ebenfalls in Budapest eingetroffen. Die österreichischen Minister, sowie die Mitglieder der beiderseitigen Quotendeputationen waren gestern Abend von Baron Banffy zur Tafel geladen.

Nachmittags traten die Siebener-Subkomitées der beiderseitigen Quotendeputationen zu einer Besprechung zusammen. Thatsächliches über das Ergebniß dieser Konferenz wird nicht mitgetheilt.

Gleichzeitig stimmte der volkswirthschaftliche Ausschuß des ungarischen Abgeordnetenhauses dem Gesetzentwurf über das Zoll- und Handelsbündniß zwischen Oesterreich und Ungarn im Allgemeinen zu. Im Laufe der Debatte erklärte der Ministerpräsident Baron Banffy, wenn das Gesetz von 1867 jetzt anders gedeutet werde, als es seit 30 Jahren geschehen sei, so möge man sich nicht wundern, wenn möglicherweise eine Erschütterung des konstitutionellen Lebens eintreten oder auch die durch das Zollbündniß gesicherten Vortheile verloren gehen könnten. Die Ausgleichsvorlagen bedeuteten gegen das bisher in Geltung Gewesene eine große Besserung, er bitte, die Vorlagen anzunehmen.

Die Pariser Nachrichten von gestern (Dienstag) lassen auf eine leichte Abnahme der Spannung in Betreff der **Ausstands-Bewegung** schließen; es wird konstatirt, daß auf den großen Baustellen gestern 3000 Personen, am Montag nur 1200 gearbeitet, und daß die Streikenden sich im Allgemeinen ruhig verhalten haben; im Laufe des Vormittags seien nur drei Verhaftungen wegen Behinderung Arbeitswilliger vorgenommen worden, und man habe in den Straßen ein geringeres Aufgebot von bewaffneter Macht gesehen; weiter wird gemeldet:

Paris, 11. Oktober. Die „Liberté" behauptet, die Metallarbeiter von Paris und in der Provinz hätten sich in Betreff des Gesammt-Ausstandes verständigt und hofften auf den Anschluß der Bahnbediensteten. Gegenüber der Meldung, welche die Einberufung von Reservisten der Gendarmerie in Rouen und Havre mit der Pariser Ausstandsbewegung in Zusammenhang brachte, erklärt eine halbamtliche Note, die Gendarmerie-Reservisten würden gegenwärtig wie alljährlich zu einer Uebung mit der Waffe einberufen.

Paris, 11. Oktober. Verschiedene am Ausstande betheiligte Arbeitergenossenschaften, welche heute Nachmittag in der Arbeiterbörse Versammlungen veranstaltet hatten, stimmten für Fortsetzung des Ausstandes; indessen ist die Erregung geringer als in den letzten Tagen. Das für den Generalstreik agitirende Zentralkomité ist davon ab gekommen, dieses Planes besorgt und scheint anzunehmen, daß das Ende des Ausstandes nahe sei.

Paris, 11. Oktober. Die Zimmerleute von Paris beschlossen in einer heute Abend abgehaltenen Versammlung, sich nicht an dem allgemeinen Streik zu betheiligen.

Paris, 11. Oktober. Die Unternehmer haben den Beschluß des Stadtraths über die Ausführung der Ausstellungsarbeiten angenommen und werden ihre Werkstätten heute wieder öffnen. Man hofft, daß viele Erdarbeiter die Arbeit aufnehmen werden. Große Anstrengungen macht das Ausstandskomité, um die Eisenbahnarbeiter und besonders die beim Gütertransport beschäftigten in den Ausstand hereinzuziehen. Mehrere Sendlinge der Pariser Gewerkvereine sind in die Provinz abgegangen, um den Ausstand auch dort zu organisiren. Die Platzkommandanten von Lille und Valenciennes in Folge dessen Maßregeln getroffen, um durch Genietruppen den Gütertransport für die Industrie zu sichern. Den gestern von Guérard, dem Vorsitzenden eines der Gewerkvereine, gesprochenen Worten, wonach fast alle Abtheilungen der Eisenbahnarbeiter den allgemeinen Ausstand angenommen hätten, wird keine große Bedeutung beigelegt, denn jener Gewerkverein, dessen Vorsitzender Guérard ist, gehören nur 5 p.Ct. aller Arbeiter dieser Klasse an. Im Ganzen giebt es 400 000 Eisenbahnangestellte in Frankreich, davon sind 150 000 Mitglieder von Gewerkvereinen, und von diesen folgen nur 15 000 der Führung Guérards. Die Arbeiter der Pariser Straßenbahngesellschaft vertagten ihre Entschließung, bis der Ausschuß der Arbeiter der Allgemeinen Omnibusgesellschaft seinen Entschluß gefaßt hat. Diese Nacht sind weitere Truppen in Paris angekommen. Die Garnison eingerechnet, liegen jetzt in Paris und den Vorstädten 67 Bataillone Infanterie, 53 Schwadronen Kavallerie und 4 Artillerieregimenter. Der Schutz der Arbeiter und der Verkehr in den großen Verkehrsadern wird durch kleine Infanterie- und Kavallerieposten und Kavalleriepatrouillen gesichert. (.K. Z.*)

Wie von heute (Mittwoch) aus Paris depeschirt wird, glaubt die Mehrzahl der Blätter, der Streik werde durch die Uebernahme der Arbeiten in städtische Rechnung baldigst beendet sein. Auf mehreren Baustellen konnte gestern bereits ohne militairischen Schutz gearbeitet werden.

Picquart durfte gestern, wie aus Paris gemeldet wird, in Gegenwart des Gefängnißwächters mit seinem Schwager sprechen. Dem Vertheidiger Labori wurde jedoch bisher die Ermächtigung, Picquart zu besuchen, verweigert.

Gestern hat auch die mehrerwähnte Zwangsversteigerung bei **Zola** stattgefunden und den vorhergesagten Verlauf genommen; es wird berichtet: Ein Gerichtsvollzieher schickte sich an, im Auftrage der im Prozeß Zola vernommenen Schreibfachverständigen mit dem Verkauf des Mobiliars Zolas zu beginnen. Frau Zola und Octave Mirbeau, welcher aufs Neue vergeblich das Anerbieten machte, die Schuldsummen zu bezahlen, verlangten, daß die Frage dem zuständigen Richter unterbreitet werde. Dieser erklärte, der Verkauf könne nicht verlagt werden, sondern würde um 1 Uhr Nachmittags stattfinden. Bei der Versteigerung wurde der erste ausgebotene Gegenstand, ein Tisch, von dem Verleger Fasquelle für 32 000 fr. erstanden, durch welche die Schuldsumme gedeckt ist. Der Versteigerung wohnten zahlreiche Neugierige bei.

In Betreff der **Forderungen**, die die **Pforte** gegenüber der Note der vier auf **Kreta** interessirten Mächte erhebt, wird aus Konstantinopel berichtet: Die Pforte verlangt in drei bestimmten Orten auf Kreta die Belassung kleiner türkischer Garnisonen zur Kennzeichnung ihrer Souveränetät. Soviel jedoch in hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, hat die Pforte diese Forderung unabhängig von dem Ultimatum gestellt, über dessen Abänderung die vier Botschaften zu verhandeln entschieden ablehnen. Der bisherhalb gepflogene Meinungsaustausch der vier Mächte scheint noch nicht beendet zu sein, da die hiesigen Botschaften noch keine Instruktionen haben. Der im Ultimatum festgesetzte Termin endet Donnerstag früh.

Nach Berichten aus Kreta sind dort sämmtliche italienische Verstärkungen eingetroffen. Ferner ist in Kandia ein Bataillon Lancashire-Füsiliere von Alexandrien angelangt. — In Kanea hat die internationale Polizei 38 türkische Rädelsführer festgenommen.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, hielt **König Alexander** bei seiner gestrigen Ankunft auf dem Bahnhofe eine längere Ansprache an die Minister, in welcher er denselben für die Leitung der Staatsgeschäfte während seiner Abwesenheit dankte. Der König wies in scharfen Worten die betreffs eines Wechsels in der Regierung ausgestreuten Gerüchte zurück, bezeichnete dieselben als das Werk politischer Spekulanten und versicherte die Regierung seines vollsten Vertrauens.

Der **Schweizer Bundesrath** hat die Ausweisung des italienischen Journalisten Pietro Mantica, der sich in Genf in Haft befindet, beschlossen. Die Maßregel soll zur Ausführung gelangen, sobald die gegen Mantica im Gange befindliche Untersuchung abgeschlossen sein wird. Mantica hat u. A. einen mit „Lucchini" unterzeichneten Brief geschrieben, den er seiner Zeitung zur Verfügung stellen wollte, und behauptet, den Inhalt des Briefes habe ihm ein Beamter der Staatsanwaltschaft mitgetheilt.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Die gesetzgebende Versammlung der **Kapkolonie** nahm mit 39 gegen 37 Stimmen eine Resolution an, durch welche der Regierung das Mißtrauen ausgedrückt wird. Wie der „Times" hierzu aus Kapstadt bemerkt wird, vertagte sich das Parlament, ohne daß eine Erklärung vom Ministerstische erfolgte; man glaubt, einige Mitglieder der Opposition werden nunmehr das Ministerium unterstützen.

Die spanische Regierung will, wie aus Madrid depeschirt wird, bis zum definitiven Friedensschluß eine starke Truppenmacht in **Kuba** belassen. Es verlautet, die Regierung werde die Cortes sogleich nach Unterzeichnung der Friedensakte einberufen und denselben Vorlagen zur Reorganisation der Staatsverwaltung machen.

Laut einem Reuter-Telegramm aus New-York begann am Montag die Besetzung Kubas durch die Amerikaner, indem Manzanillo besetzt, die amerikanische Flagge gehißt und die Zivilverwaltung der Stadt unter Protest der Spanier Amerikanern übertragen wurde. Die amerikanischen Räumungskommissare theilten den spanischen Behörden mit, daß sie die vollkommene Verwaltung Kubas am 1. Dezember und Puerto Ricos am 18. Oktober übernehmen werden.

Wie eine nach Madrid gesandte amtliche Depesche von den **Visayas-Inseln** hervorhebt, unterwarfen sich 38 Anführer der Aufständischen und 4000 Aufständische bedingungslos den Spaniern.

Kleinere Nachrichten. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Verordnung des Gesammtministeriums, durch welche die für 33 politische Bezirke **Galiziens** getroffenen **Ausnahmeverfügungen** hinsichtlich des 10 Uhr-Gesetzes vom 11. Oktober ab aufgehoben werden. — In der gestrigen ohne ernsten Zwischenfall verlaufenen Sitzung des **Wiener Gemeinderaths** theilte Bürgermeister Dr. Lueger mit, er werde den Protest der Mitarbeit gegen den neulichen Beschluß in der Angelegenheit des Vorortvertrages mit der englischen Gasgesellschaft der Statthalterei und dem niederösterreichischen Landtage unterbreiten, den fraglichen Beschluß jedoch nicht sistiren, da er denselben für vollkommen gesetzmäßig halte. — Aus Budapest wird berichtet: In der Ortschaft Lajsenj im Sepriimer Komitat riefen gestern betrunkene **Sozialisten** Raufereien hervor und versuchten, den Gendarmen, welche einschritten, die Gewehre zu entreißen. Einer der bedrohten Gendarmen machte von der Feuerwaffe Gebrauch; die Kugel verwundete einen Arbeiter schwer und tödtete ein hinter demselben stehendes kleines Mädchen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

England und Frankreich am oberen Nil.

Durch telegraphische Auszüge ist bereits der Schriftwechsel bekannt geworden, den die Regierungen von Großbritannien und Frankreich in Betreff des oberen Nils, besonders Faschodas, gehabt haben. Jetzt werden uns aus London die wesentlichsten Stücke dieses Blaubuches im Wortlaute mitgetheilt. Sie ergänzen und bestätigen zum Theil Bekanntes, bringen aber doch eine zusammenhängende Darstellung des zwischen London und Paris gepflogenen Gedankenaustausches, so daß ihre Wiedergabe von Interesse erscheint:

Am 10. Dezember v. J. übergab der britische Botschafter in Paris, Sir Edmund Monson, dem damaligen französischen Minister des Aeußern, Hanotaux, eine Note, welche besagte, daß die britische Regierung wegen der Anerkennung der französischen Rechte auf das nördliche und östliche Ufer des Tchad-See's keine Schwierigkeiten erheben werde. Diese Konzession möge einen Gegang nach dem Nil offen halten, während andererseits die britische Regierung an den von Sir Edward Grey 1895 geäußerten Ansichten bezüglich des Nil-Thales festhalten müsse. M. Hanotaux erwiderte, daß die französische Regierung damals sofort gegen die Behauptungen Sir Edward Greys protestirt habe. Dieser Protest bleibe in Kraft.

Am 7. September d. J. berichtete Sir Edmund Monson über eine mit dem gegenwärtigen französischen Minister des Auswärtigen, Delcassé, gepflogene Unterredung. M. Marchand, sagte Delcassé, sei angewiesen worden, sich als Emissair der Gesittung zu betrachten; er bringe aber keine Volksmacht, über Rechtsfragen zu entscheiden. Am 9. September wies Lord Salisbury den Botschafter an, (Herrn Delcassé mitzutheilen, daß alle dem Khalifen unterworfen gewesenen Gebiete durch das Recht der Eroberung in den Besitz der britischen und egyptischen Regierung übergegangen seien, und Ihrer Majestät Regierung dieses Recht nicht zum Gegenstand der Erörterung machen könne. Am nächsten Tage trug Sir E. Monson eine weitere Unterredung mit Herrn Delcassé. Sir E. Monson telegraphirte: „Ich sagte Sr. Exzellenz, daß ich ihm offen erklären müsse, daß die Lage am oberen Nil eine gefährliche sei. Ich müsse ihn nochmals auf das Telegramm Ew. Lordschaft vom 9. d. M. aufmerksam machen und bestimmt konstatiren, daß Faschoda unter die Gebiete falle, welche in der Depesche als Dependenzen des Khalifats bezeichnet wurden. Die Regierung Ihrer Majestät sei entschlossen, bei der angekündigten Entscheidung zu beharren. Ich müsse ihm kategorisch mittheilen, daß man sich nicht auf einen Kompromiß einlassen werde in diesem Punkte. Im Uebrigen wolle die britische Regierung keinen Streit vom Zaune brechen. Sie habe lange gewartet. Ich späne nicht ein, wie es überraschen könnte, wenn wir jetzt gegen einen Schritt Front machen, vor welchem wir Frankreich gewarnt hatten." In einer weiteren Depesche berichtete Sir E. Monson, daß Herr Delcassé wiederholt bemerkt hätte, daß es thatsächlich keine „Marchand-Frage" gäbe, daß derselbe von einem untrennlichen Akte im Sinne Sir E. Greys nicht die Rede sein könne. Sir E. Monson fügte hinzu: „Ich fragte ihn, wann Marchand die ihm von Liotard zugewiesene Aufgabe beginnen habe. Er antwortete, das sei vor etwa zwei Jahren (Mitte 1896) geschehen. Ich erinnerte ihn daran, daß längst vorher die Regierung Ihrer Majestät gewarnt habe, in welchem Lichte sie es betrachten würde, wenn die Franzosen das Bekken des oberen Nils betreten würden. Herr Delcassé erklärte, daß der Sudan 1893 Egypten verloren gegangen sei, und Frankreich, wenn es gegen den Nil vorrücke, nur das Beispiel Englands nachahme, welches seinerseits die Eroberung der Aequatorial-Provinzen unternommen habe." (1893 fell wohl heißen 1883.)

Am 25. September übersandte Rennell Rodd von Kairo den Bericht des Sirdars über seine Fahrt nach Faschoda' Sir H. Kitchener meldete: „Ich fand in Faschoda M. Marchand mit 8 Offizieren und 120 Mann. Sie waren in dem alten Regierungsgebäude, auf welchem die französische Flagge wehte, eingartiert. Ich fündigte meine Ankunft in Faschoda einen Tag vorher an. Am folgenden Morgen, dem 19. September, wurde mir die Antwort Marchands durch ein kleines, die französische Flagge führendes Ruderboot überbracht. In dem Schreiben hieß es, Marchand sei am 10. Juli eingetroffen. Seine Regierung habe ihn angewiesen, die Bahr-el-Ghazal-Provinz bis zum Einfluß des Bahr-el-Djebel und auch das Schilluk-Land (am linken Ufer des Weißen Nils) bis nach Faschoda zu besetzen. Er habe einen Vertrag mit den Häuptlingen der Schilluks abgeschlossen, wodurch diese ihr Land unter französischen Schutz stellen. Er habe diesen Vertrag seiner Regierung zur Genehmigung über Abessinien am 25. August zugesandt und ebenso auch über die Bahr-el-Ghazal-Route. Als wir in Faschoda anlangten, kamen M. Marchand und M. Germain an Bord unseres Dampfers. Ich theilte ihnen sogleich mit, daß die Gegenwart einer französischen Truppe in Faschoda und im Nilthal als ein direkter Eingriff in die Rechte Egyptens und der britischen Regierung zu betrachten sei. Ich protestirte in energischer Weise gegen die Besetzung Faschodas seitens M. Marchands und seiner Truppe und gegen die Aufhißung der französischen Flagge in den Gebieten Sr. Hoheit des Khedive. M. Marchand erwiderte, daß er genauen Befehl erhalten habe, das Land zu besetzen und die französische Flagge auf den Regierungsgebäuden in Faschoda aufzuziehen. Ohne die Befehle seiner Regierung, welche hoffentlich bald eintreffen würden, sei es ihm unmöglich, den Platz zu räumen. Ich stellte darauf an Marchand die Frage, ob er Angesichts des Umstandes, daß ich von einer weit überlegenen Streitkraft begleitet sei, der Aufhißung der egyptischen Flagge Widerstand entgegenbringen würde. Er jöcerte mit seiner Antwort und erklärte schließlich, daß er keinen Widerstand leisten werde. Darauf wurde die egyptische Flagge aufgehißt, etwa 500 Yards entfernt von der französischen Flagge, auf einer in Verfall geratenen Bastion der alten egyptischen Befestigungen. Diese Bastion beherrscht die einzige Straße in das Innere von der französischen Stellung aus. Zu Norden der letzteren befindet sich lauter unpassirbares Moorland. Ehe ich weiter nach Süden fuhr, händigte ich M. Marchand einen schriftlichen formellen Protest im Namen Großbritanniens und Egyptens gegen jede Besetzung des Nil-Thales seitens Frankreichs ein. Dieser sei ein Eingriff in die Rechte dieser Regierungen. Ich fügte hinzu, daß ich die Besetzung irgend eines Theiles des Nil-Thales nicht als zu Recht bestehend anerkennen würde. Ich ließ in Faschoda ein sudanesisches Bataillon als Garnison, vier Kanonen und ein Kanonenboot unter Major Jackson, den ich zum Kommandanten von Faschoda ernannte. — Als wir an Faschoda auf der Rückreise vorbeifuhren, sandte ich M. Marchand einen Brief, in welchem ich ihm mittheilte, daß jede Beförderung von Kriegsmaterial auf dem Nil absolut verboten sei, daß sich das Land unter Kriegsrecht befinde. Der Häuptling des Stammes der Schilluks ist, begleitet von großem Gefolge, im Lager Major Jacksons eingetroffen. Er stellt es in Abrede, daß er einen Vertrag mit den Franzosen abgeschlossen hat. Der ganze Stamm drückt nur seine übergroße Freude aus, daß er den Briten wieder in Treue zugethan sei. M. Marchand leidet Mangel an Munition und Proviant. Er ist vom Innern abgeschnitten, und der Transport zu Wasser ist auch völlig ungangbend. Monate lang wird er dauern, bis das am Platze ist. Außerdem hat er keinen Anhang im Lande. Nichts hätte seinen Zug vor der Vernichtung seitens der Derwische retten können, wenn wir nicht vierzehn Tage später den Khalifen zermalmt hätten." — In einem späteren Telegramm macht der Sirdar den Vorschlag, man möge Marchand und seine Truppe auf den britischen Kanonenbooten den Nil hinunter befördern: „Ich bin gewiß, daß Niemand sich darüber mehr freuen würde, als Marchand und die Franzosen selber."

Als Lord Salisbury diese Telegramme des Generals Kitchener erhalten hatte, telegraphirte er sofort an den Botschafter in Paris, Sir E. Monson, daß das britische Ministerium völlig mit dem Berichte des Sirdar und dem Sirdar einverstanden sei. Am 27. September pflog Sir E. Monson eine Unterredung mit M. Delcassé. „Um Zeit zu gewinnen, wünschte M. Delcassé, ich möge Ew. Lordschaft bitten, beizufügen, daß ein Telegramm, wenn gewünscht en clair, dem französischen Agenten in Kairo gelandt würde, der es nach Faschoda dirigiren solle. Die Depesche solle M. Marchand auffordern, sofort einen Offizier nach Kairo zu senden, damit die französische Regierung sobald wie möglich orientirt wäre. Ich sagte M. Delcassé, daß ich aus seinen Aeußerungen den Schluß ziehen müsse, daß die französische Regierung beschlossen habe, M. Marchand nicht eher zurückzuberufen, als sein Bericht eingetroffen sei, und daß ich ihn, mir zu sagen, ob das richtig sei. Marchand selber wünsche sich aus seiner Stellung zurückzuziehen. Ich bat ihn dringend zu sagen, ob er sich weigere, M. Marchand sofort abzuberufen." Lord Salisburys Erwiderung lautete dahin, daß sich die britische Regierung nicht weigere, Beihülfe zu leisten, eine Depesche an den französischen Agenten in Egypten für einen französischen Forschungsreisenden, welcher sich am oberen Nil in schwieriger Lage befindet, zu befördern. „Ich bitte Sie, dem französischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten mitzutheilen, daß, seinem Wunsche gemäß, seine Depesche nach Khartum geschickt und von dort nach ihrem Bestimmungsort weiter befördert werden ist. Dadurch ist natürlich nicht die geringste Modifikation in den früher ausgesprochenen Ansichten eingetreten. Sie sollten konstatiren, daß die Gegend, in welcher sich M. Marchand befindet, sei es in Zeiten egyptischer oder Derwisch-Herrschaft, niemals ohne einen Eigenthümer gewesen ist. Nach der Ansicht der Regierung Ihrer Majestät hat der Zug Marchands mit 100 senegalesischen Soldaten keine politische Wirkung. Ihm kann keine politische Wirkung beigelegt werden."

In den Nachträgen zu dem Blaubuch befindet sich Manches, aus dem beide Parteien für ihren Fall Beweismaterial schöpfen können.

Wie von gestern aus Paris depeschirt wird, sagt der „Temps" in einer Besprechung des englischen Blaubuchs über die Faschoda-Frage, der wichtigste Punkt sei unzweifelhaft, daß England seine Ansprüche auf Faschoda nicht mehr auf frühere Rechte des Khedive oder des Sultans stütze, sondern auf das Recht der Eroberung. Diese Frontveränderung sei für die Beweisführung seitens Frankreichs von beträchtlichem Nutzen. Hoffentlich werde die Frage gütlich geregelt werden. Jedenfalls könne der Minister des Auswärtigen, Delcassé, auf einmüthige Unterstützung von ganz Frankreich rechnen.

Hof- und Personal-Nachrichten.

Zur Palästinafahrt.

Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin mit Gefolge sind gestern Abend 11 Uhr von Potsdam nach Kamenz abgereist.

Das Gefolge Ihrer Majestät der Kaiserin für die Reise nach Konstantinopel, Palästina und Syrien bilden: Ober-Hofmeisterin Gräfin v. Brockdorff, Palastdame Gräfin v. Keller, Hofdame Frl. v. Gersdorff, Ober-Hofmeister Frhr. v. Mirbach, Vize-Ober-Zeremonienmeister von dem Knesebeck.

Im Gefolge Sr. Majestät des Kaisers befinden sich: Ober-Hof- und Hausmarschall Graf zu Eulenburg, Ober-Stallmeister Graf v. Wedel, Hausmarschall Frhr. von Lyncker, Generalarzt Dr. v. Leuthold, Ober-Stabsarzt Dr. Ilberg, Generaladjutant Generallieutenant v. Plessen, General à la suite Generalmajor v. Hessel, General à la suite Generalmajor v. Scholl, Flügeladjutant Oberst Mackensen, Flügeladjutant Oberstlieutenant v. Pritzelwitz, Generaladjutant General der Infanterie v. Hahnke, Chef des Militairkabinets, Wirkl. Geh. Rath Dr. v. Lucanus, Chef des Zivilkabinets, Admiral à la suite, Kontreadmiral Frhr. v. Senden-Bibran, Chef des Marinekabinets, Staatssekretair des Auswärtigen Amts, Staatsminister v. Bülow, Wirkl. Leg.-Rath Klehmet; ferner General-Superintendent D. Dryander, Prof. Knackfuß.

Von Konstantinopel treten hinzu: Botschafter Frhr. Marschall von Bieberstein, Dragoman Graf Mülinen, Hauptmann Morgen. In Haifa tritt hinzu Prof. Dr. Moritz.

Sr. Exzellenz der Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten D. Dr. Bosse und Sr. Exzellenz der Präsident des Evangelischen Ober-Kirchenraths, Wirkliche Geheime Rath D. Dr. Barkhausen sind nach Palästina abgereist.

Der deutsche Botschafter Frhr. Saurma v. b. Jeltsch hat sich Dienstag Nachmittag von Rom nach Venedig begeben.

-l. Von Johanniterrittern werden an der Feier der Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem im Ganzen 50 Mitglieder des Johanniter-Ordens theilnehmen. Zu denselben gehören außer den drei Würdenträgern, dem Ordenskanzler Dr. v. Levetzow, dem Ordens-Werkmeister Graf v. Zieten-Schwerin und dem Ordens-Schatzmeister, Hausminister v. Wedel, der Kommendator Oberstlieutenant a. D. Landrath Graf v. Wedel auf Sandfort, von Rechts- und Ehrenrittern: Graf v. Alvensleben-Schönborn, Erbtruchseß im Fürstenthum Halberstadt, Generallieutenant z. D. v. Bardeleben, Kapitain zur See von Franzius, Generallieutenant z. D. v. Haeseler, sachsen-altenburgischer Staatsminister v. Helldorff, Graf v. b. Osten auf Groß-Jannewitz, der Chef des großherzoglich sächsischen Staatsministeriums v. Pawel, Landschaftsdirektor Graf v. Pfeil aus Schlesien, Hofmarschall a. D. Graf v. Pückler, Landschaftsdirektor Graf v. Sauerma-Ruppersdorf, Generalmajor z. D. v. Treskow, Gesandter z. D. v. Braunschweig, Professor von Kirchrheim zu Heidelberg, Fürst Otto zu Salm-Horstmar u. A. m. Ein großer Theil dieser Herren ist von ihren Gemahlinnen begleitet.

Eine Reihe deutscher und ausländischer Blätter begleitet die Abreise Sr. Majestät des Kaisers zu seinem Besuche im Orient mit längeren und kürzeren Artikeln, aus denen hier einige Stellen hervorgehoben werden. Die „Kölnische Zeitung" sagt am Schlusse ihrer Ausführungen:

„Die Wiege des Christenthums hat auch auf Menschen, die sich nicht orthodoxen Anschauungen gefangen geben, immer eine große Anziehungskraft ausgeübt, und es wird Wenige geben, die nicht einmal den Wunsch gehegt hätten, sie mit den eigenen Augen zu sehen. Derselbe Zug hat auch den Vater unseres Kaisers einst nach Palästina geführt, und auch diese Erinnerung wird dazu beigetragen haben, den Wunsch des Kaisers noch lebhafter zu machen. Daß er reist, wie Hing und Kung, liegt in der Natur der Sache, und wenn er sich insbesondere bei dieser Gelegenheit von einem großen Stabe protestantischer Geistlichen hat begleiten lassen, so liegt das an der Stellung, die der Kaiser innerhalb der protestantischen Landeskirche einnimmt. An Alledem ist nichts Auffälliges. Wir können nicht wissen, wie die Reise in ihren Einzelheiten verlaufen wird. Aber das Eine glauben wir mit aller Sicherheit voraussagen zu können, daß man nach ihrer Beendigung vergeblich nach dem kleinsten Zwischenfalle suchen wird, der in Gegensatz zu der friedlichen und selbstlosen Politik des Deutschen Reiches gebracht werden könnte."

Die „Weser-Zeitung", anknüpfend an eine Erinnerung an die Kreuzzüge, betont:

„. . . . Man muß zugeben, daß viele fromme, demüthige Seelen den Besuch und die Pflege der von Jesus selbst geheiligten Stätten als ein wahres Herzensbedürfniß empfinden. In allem Uebrigen giebt es keine Aehnlichkeit zwischen Barbarossa Kreuzzug und der Reise unseres Kaisers. Es ist keine Sarazenenmacht mehr zu bekämpfen. Kein Heer setzt sich nach Palästina in Bewegung, denn die Gesittung hat Sicherheit für die Person über die Länder gebracht. . . . . Deutschland ist jetzt wieder in der ersten Reihe der Völker, die gemeinnützige Unternehmungen weit über ihre Landesgrenzen hinaus fördern können. Alles in bestem Frieden und ohne Eigennutz. Das haben auch die fremden protestantischen Kirchenregierungen erkannt, als sie bereitwillig ihre Vertreter zur Theilnahme an der Fahrt des Deutschen Kaisers nach Palästina andten."

Der „Hannoversche Courier" läßt seinen Artikel in dem Wunsche ausklingen:

„Die Nation begleitet die Reise des Kaiserpaares mit lebhaftem Interesse und den herzlichsten Wünschen; möge sie unter günstigem Sterne von Statten gehen und nach jeder Richtung zu einem guten Ende geführt werden. Glückliche Fahrt und glückliche Wiederkehr!"

Ferner lesen wir im Wiener „Fremdenblatte":

„Kaiser Wilhelm und die Kaiserin haben, wie so viele Tausende und Zehntausende vor ihnen, unter denen sich auch manches gekrönte Haupt befand, den Wunsch empfunden, die Stätten zu besuchen, die für die Christenheit von unvergänglicher Bedeutung sind, und dazu bietet die Einweihung der deutschen Erlöserkirche den geeignetsten Anlaß. Was das Erscheinen in Konstantinopel betrifft, so läßt es sich wohl bei Gelegenheit einer Palästinareise an sich schon leicht erklären, insbesondere aber, wenn man der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei gedenkt. Der Sultan, der den Kaiser schon einmal in Konstantinopel bewirthet hat, wird gewiß die neuerliche Anwesenheit dieses Monarchen mit Freude willkommen heißen."

---

* Ihre königliche Hoheit die Großherzogin von Baden ist am 8. d. M. von Schloß Mainau in Baden-Baden eingetroffen.

* Ihre kaiserl. Hoheit die Großherzogin Anastasia von Mecklenburg-Schwerin ist gestern aus Oldenburg hier eingetroffen und im Hotel Bristol abgestiegen.

* Ihre kaiserl. und königl. Hoheit die Herzogin von Sachsen-Koburg-Gotha und Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Beatrice sind Montag Nachmittag von ihrer Reise nach Rußland nach Koburg zurückgekehrt.

* Se. königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Oldenburg ist gestern Abend hier eingetroffen und im Hotel Continental abgestiegen.

---

* Der Geburtstag Ihrer Majestät der Königin von Württemberg am 10. d. M. ist im ganzen Lande festlich begangen worden. In Stuttgart hatten sämmtliche königlichen, staatlichen, militairischen und städtischen Gebäude Fahnenschmuck angelegt; auch viele Privathäuser, namentlich in den Hauptstraßen der Stadt, hatten geflaggt. Die kirchliche Feier des Tages hat bereits am Sonntag stattgefunden.

---

* Aus Anlaß des Ablebens Ihrer königlichen Hoheit der Prinzessin Albrecht von Preußen, Gemahlin Sr. königl. Hoheit des Regenten, ist, wie die „Braunschw. Landesz." meldet, für Braunschweig eine dreimöchige Landestrauer — bis einschließlich 29. d. M. — angeordnet worden. Am Mittwoch, den 12. d. M., als am Tage der in Kamenz stattfindenden Beisetzung, sind alle öffentlichen Musiken und Schaufpiel-Vorstellungen verboten. Bis zum 12. d. M. Abends sind auf allen öffentlichen Gebäuden die Fahnen auf Halbmast zu hissen. In den Kirchen des Landes findet am Mittwoch Vormittag um 10 Uhr Trauergeläut in drei Pausen statt. Der Ausschuß des Landtages sandte ein Beileidsschreiben an Se. königl. Hoheit den Prinz-Regenten, sowie einen prachtvollen Kranz.

Gestern, Dienstag, Abends 9 Uhr, erfolgte in Kamenz in aller Stille die Ueberführung der Leiche der Prinzessin Albrecht von der Schloßkapelle nach der evangelischen Kirche, woselbst während der Nacht Forster die Wache hielten. Zahllose Beileidstelegramme und Kranzspenden sind eingetroffen.